

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1.-  
eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bauhütten-Anzeigen die  
8 gefaltete Kolonel-Seite  
50,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Brey,  
Druck von C. A. H. Meissner & Co., beide in Hannover.

Vorstandsvorsteher: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Altonastraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 8002.

### Der „frische, befreende Wind“.

Am 1. Oktober dieses Jahres fand in Berlin eine Versammlung statt, die wenig beachtet, in der Tagespresse kaum erwähnt wurde, die auch sachliche Bedeutung für die Gegenwart kaum hat und die doch bedeutsamer ist als manche Kriegsveranstaltung, die mit viel Geräusch angekündigt und besprochen wird. Wir meinen die vom Hauptausschuß der nationalen — lies gelben — Arbeiters- und Berufsverbände einberufene gemeinsame Versammlung, an der, nach den Berichten der gelben Presse, „Arbeiter und Unternehmer“ der Industrie, des Bergbaus und der Staatsbetriebe, des Handwerks, der Landwirtschaft, des Handels und der Schifffahrt in städtischer Anzahl teilnahmen und zu der neben Vertretern der Regierung zahlreiche Parlamentarier . . . erschienen waren“. Es mag sein, daß die gelbe Presse aufschreit, um den Eindruck der Tagung zu steigern. Die Tatsache, daß nur allgemeine Angaben gemacht, Zahlen und Namen jedoch nicht genannt werden, würde diesen Schluss sogar dann zulassen, wenn er nicht bei den Berichterstattungen der Gelben ohnehin nahe läge, um nicht zu sagen, selbstverständlich wäre. Aber darauf kommt es nicht so sehr an. Besonders und wichtig ist, daß die Gelben aller Richtungen ausgerechnet nach 14 Monaten Weltkrieg sich mit Unternehmern und Regierungsvertretern zusammenfinden, um — ein Kampfprogramm gegen die unabhängigen Arbeiterorganisationen zu verabschieden. Denn etwas anderes als ein Kampfzug gegen die Gewerkschaften — und die auch Prokratik — war die ganze Tagung nicht. Zwar betonte ferner Jengen des einladenden Hauptausschusses, ein Herr Jensen-Eichholz, in seiner Eröffnungsrede ausdrücklich, die Versammlung beschließe „eine aggressive Bedeutung“ gegen andre Kreise, jedoch liegt schon in dieser Vernehmung das halbe Einverständnis, daß sie es doch war und sein sollte. Wenn Herr Jensen dann weiter meinte, „die nicht zu umgehende Kritik an verschiedenen Vorkommen und Zuständen dürfe nur als ein Acht'der Novemb' gesetzter werden“, so ist das nur eine neue Aussage des alten Veruchs, immer den andern in die Rolle des Käufchens, das angefangen hat, zu drängen.

Über die Verhandlungen der Versammlung wird nur angedeutungsweise berichtet. Der schon erwähnte Vorsitzende Jensen referierte über die „Ziele und Bestrebungen“ der Gelben. Er konstatierte, daß „dem übergrößen Teil der Unternehmer- und Arbeitgeber das Wohl ihrer Arbeiterschaft am Herzen liegt“, daß in Deutschland „die politischen und besonders die sozialpolitischen Verhältnisse . . . besser sind als in irgendeinem andern Lande“. Diese vielleicht nicht ganz unanfechtbaren, in der Zeit des Burgfriedens jedoch dem Widerspruch enträumten Behauptungen bezeichneten er dann als „Glaubensgrundsätze“, nach denen die gelbe Bewegung sicher „im Einvernehmen mit weiteren Kreisen unseres gewerblichen Lebens“ gearbeitet habe. Um die Zukunft dieses Einvernehmens scheint er nicht ganz unbefugt zu sein. Wenigstens läßt die bedauernde Feststellung, daß die Haltung der Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges „in vielen Kreisen des Volkes eigenartige Missfassungen herborgerufen“ habe, auf Angst um die Fortdauer der blinden Sozialistenfurcht schließen. Und die vorsorgliche Warnung, daß ja „die Sozialdemokratie bisher jede Erklärung über ihre zukünftige Haltung klugerweise vermieden habe“, hat gewiß auch nicht den Zweck, eben diese Klugheit zu loben, sondern den andern, hinter dieser Klugheit allerhand schwarze Umturzpläne anzudeuten.

Dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie würde uns an dieser Stelle nicht befürworten, wenn wir nicht wüssten, daß Herr Jensen und seine gelben Freunde, wenn sie auf die Sozialdemokratie losfliegen, immer die Gewerkschaften mit treffen wollen. Auf dieser Tagung scheint man sogar den Rahmen noch weiter gestreift zu haben. Denn die Befürchtungen um die zukünftige Haltung der Sozialdemokratie wurden auch begründet mit Hinweisen auf das Zusammenarbeiten der freien mit den christlichen und hinc-h-Dunkerkreisen Gewerkschaften, vor allem mit dem, gegen die gelben Zeichensymbolen gerichteten Bündnis der Bergarbeiterverbände bei den Wahlen der Sicherheitsmänner. Die Leute um Jensen scheinen also die Arbeiter jenseits zu wollen nach der einfachen Formel: „Die Gelbe, die Sozialdemokratie!“

Herr Rupp, Berlin, der über das Verhältnis der Gelben zu den Gewerkschaften ein besonderes Referat hielt, benutzte anscheinend das Konzept seines Vorfredners. Auch er begann mit einer polemik gegen „die Bemühungen gewisser Politiker, dem deutschen Publikum die Hartlosigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften weizutun“, und auch er forderte von der Sozialdemokratie eine „Erklärung über die zukünftige Stellungnahme“. Dann pauste er auf die „Streikgewerkschaften“ los, die sich als Vertretung der gesamten Arbeiterschaft betrachten und sich gar nicht darum kümmern, daß die blauen Gelben auch noch da sind.

Nach Rupp sprach noch ein Herr Dr. Engel, Bonn, über die „Stellung der Deutschen Vereinigung zur wirtschaftsfriedlichen Idee“, dann folgte die Ansprache. Nach den Berichten wurde den Ausführungen der Redner ungekennzeichnet und allgemein anerkannt, daß die Gelben nach dem Kriege noch weniger endgültig seien als vorher. Was die Sozialdemokratie veranlaßt hätte, ihren Standpunkt zurückzustellen, läge auf der Hand. Es sei aber zu befürchten, daß „nach dem Kriege eine Auseinandersetzung kommen werde, wie sie unter Vaterland niemals erlebt habe“. Für diese Auseinandersetzung müßten die „Wirtschaftsfriedlichen“ jetzt „die Bassen schärfen und blank halten“. Von jeher burg-

friedlicher Gesinnung zeigt das nun zwar nicht, aber es kann schon sein, daß es mit den kommenden Auseinandersetzungen seine Wichtigkeit hat. Wir haben nie die Illusion gehabt, daß nach diesem Kriege alles eitel Harmonie und Friede sein würde. Allerdings haben wir zuweilen gehofft, daß Auseinandersetzungen mit den Gelben uns in Zukunft erstopfen könnten, weil u. C. der Krieg ganz eifelse ist zu erwiesen hat, daß in den bestehenden Gewerkschaften jeder ehrlich für seine wirtschaftlichen Interessen eintretende Arbeiter Platz finden kann. Hoffentlich zeigt sich auch nach dem Kriege, daß wir recht hatten. Diese Hoffnung hegen wir nicht aus Scheu vor kommenden Auseinandersetzungen, sondern nur, weil wir es schmerzlich bedauern müßten, wenn sich herausstellen sollte, daß es auch nach den Erfahrungen dieses Krieges noch Arbeiter gibt, die nicht wissen, was sie tun.

Bemerkenswert fast noch als die gelbe Tagung selbst ist das Echo, das sie in der Unternehmerpresse ausgelöst hat. Die „Arbeitgeber-Zeitung“, deren Haltung in den ersten Kriegswochen sehr gewirtschaftsfriedlich war, gerät fast in Entzücken über das Stattdinden und das Ergebnis der „gemischten“ Versammlung. Sie schreibt unter der Überschrift „National und wirtschaftsfriedlich“: „Es ist die Stunde gekommen, in der eine nationale und wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung größeren Umsanges einzusezen hat, richtiger gesagt, in der sich eigentlich die ganze Arbeiterbewegung zu einer nationalen und wirtschaftsfriedlichen ausgestalten müßte. . . . Jetzt war es an der Zeit, die Segel zu entfalten, denn es weht der rechte, der frische, der befreende Wind.“

Da wären wir also glücklich angelangt! Entweder die ganze Arbeiterbewegung bekehrt sich zum gelben Programm oder die Unternehmer benutzen die Zeit des Burgfriedens, um der gelben Bewegung Wind in die Segel zu blasen. Das erste ist natürlich unmöglich, also wird das andre gelan. Vielleicht werden jetzt wieder flüge Leute kommen und sagen: „Ja, die „Arbeitgeber-Zeitung“ gibt ja nicht die Stimmung und den Willen der Unternehmer, sondern mir die ihrer unumstößlichen Redaktion wider.“ Das ist aber nicht wahr! Genau so wenig wie die bekannten Kündgebungen der Arbeitgeberverbände „Syndiziarität“ sind, wie man fürztlich der Daseinsfähigkeit glauben machen wollte, genau so wenig sind die Meinungsäußerungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ Redaktions-eigentum. Gewiß entsprechen beide nicht den Ausschreibungen aller Unternehmer, wohl aber denen eines großen einflußreichen Teils. Es heißt die Arbeiter einzuladen, gesäßliche und bedenkliche Anzeichen ignorieren, wenn man die burgfriedlichen, gewirtschaftsfreundlichen Neuerungen einflusslosen Politiker und Professoren als Verbündete und Bürgschaften einer neuen Zeit wertet, die planmäßige reaktionäre Zukunftarbeit der maßgebenden Unternehmervereinigungen und Unternehmerblätter aber als entschuldbare und unwichtige Rücksäfte in voraugustliche Stimmungen einschätzt.

Hoffen und vertrauen ist gut, aber wissen und vorbauen ist besser! Die Gewerkschaften haben alle Ursache, auf jene Kreise zu achten, die im Kriege und unter dem Burgfrieden jubelnd verbünden, daß jetzt „der rechte, der frische, der befreende Wind“ weht.

### Doppeltes Maß und Gewicht.

Sicherlich wird sich nach Beendigung des Weltkrieges das Verhältnis zwischen Deutschland und den andern Ländern wesentlich anders gestalten als vor dem Kriege. Abgesehen von der geistigen und geistigen Spannung, die noch lange Zeit hindurch nach dem Kriege bestehen bleibt, werden sich besonders in wirtschaftlicher Beziehung tiefschreide Veränderungen bemerkbar machen. Vor allen Dingen wird sich die Notwendigkeit durchsetzen, neue Verbindungen einzuknüpfen oder abzubrechen wieder aufzunehmen, weil es ganz ausgegliedert erscheint, daß das deutsche Wirtschaftsleben ohne Zusammenhang mit der ausländischen Wirtschaftswelt gebühren kann. Die Kräfte, die in Deutschland die fremden Völker nicht mehr nötig hätten, indem wir auf eigene Kraft gestellt, uns selbst genug seien, zerstört bei näherer Betrachtung in eisem Scham und Dumf. Wir brauchen die Unterstützung des Ausländers und das Ausland braucht uns, denn alle Kulturländer sind gegenwärtig aufeinander angewiesen — diese Behauptung bedarf im Zeitalter des Weltkrieges eines weiteren Beweises. Alle die Schwäger und Aufzüchter, die das Gegenteil behaupten, haben keine Ahnung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen zwischen den einzelnen Kulturländern.

Je mehr sich im Verlaufe des Weltkrieges die militärische und wirtschaftliche Stärke Deutschlands bewährt hat, desto mehr ist der Gedanke in die Hume geschossen, daß das Heil unseres Vaterlandes auf der Vereinigung und der Absorption vom Auslande beruhe. Es gibt

Wirtschaftsstaaten und auch Männer der Praxis, die da mit dem Plane umgehen, Deutschland und Österreich-Ungarn zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen und gegen die anderen Länder nach Möglichkeit abzusperren. Gestützt noch hat der Kriegsänschluß der deutschen Industrie in Vereinstimmung mit dem Ende der Landwirte eine Kündgebung vom Stapel gelassen, wonach er eine Erhöhung landwirtschaftlicher Höhe und eine Erhöhung der Reibegünstigungsverträge fordert. Es sollen also die landlichen und industriellen Erzeugnisse unseres Landes durch möglichst hohe Höhe gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt werden. Das durch die gesetzte Maßregel die Lebenshaltung der großen Masse des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, wesentlich erhöht wird, braucht wohl nicht erst besondres nachgewiesen zu werden. Aber daraus wird seitens der Agrarier und Großindustriellen keine Rücksicht genommen, der Nationalismus dieser Leute beschränkt sich auf ihre Waren, erträgt ja aber nicht auf die Arbeiter. Bekanntlich sind die deutschen Agrar- und Industriekapitalisten national bis auf die Knochen, wenn es sich um die Geldbeutelinteresse handelt. Das Nationalgefühl der Agrarier empfängt dagegen, daß das deutsche Schwein unter der ausländischen Konkurrenz zu leben hat, und darum muß die Einfuhr von Speis, Fleisch usw. aus Amerika und andern Ländern verboten werden. Die Großindustriellen erträumen sich darüber, daß ihre Erzeugnisse durch die Ein-

fuhr von außen im Preis gedrückt werden, weshalb sie die Errichtung hoher Zollschranken gegen die ausländische Konkurrenz fordern. Wenn es sich aber um das Heranziehen von ausländischen Arbeitskräften handelt, so gebärde sich das Unternehmertum international und macht sich keine Gewissenbisse daraus, den einheimischen Arbeitern ganz empfindliche Schnittkonskurrenz zu machen. Dann sind ihm die Russen, Galizier, Italiener und Franzosen herzlich willkommen, die Ausrichtung nationaler Schranken zur Eindämmung der Einwanderung erscheint ihm als eine Nächstenliebigkeit. Dies Messen mit doppeltem Maß und Gewicht ist eine allbekannte Erfahrung, und auch nach dem Kriege wird man die Einführung ausländischer Waren zu beschützen suchen, während man den Zustrom ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen fördert und unterstützt. Hierfür bietet ein Artikel des Beweis, den der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, von Batoci-Bledow, vor kurzem veröffentlicht hat.

Der Artikel, der sich mit dem künftigen Bedarf Deutschlands an Ausländerarbeitern beschäftigt, geht von der Tatsache aus, daß die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten ohne die Einführung ausländischer Arbeitskräfte nicht hätte bestehen können. Hätte man die Grenzen gegen die freien Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt, so hätte die Geistererzeugung im Reich wesentlich eingeschränkt werden müssen zum Nachteil für die Entwicklung des nationalen Wohlstands und zum Schaden für die Vermehrung des Nationalvermögens. Der Umstand, daß wir in Deutschland trotz der erheblichen Zollzunahme und der immer stärker hervorbrechenden Verwendung von arbeitsparenden Maschinen in Industrie und Landwirtschaft mit den vorhandenen inländischen Arbeitern nicht auskommen könnten, hat uns zu einer immer wachsenden Einfuhr von Ausländern gezwungen. Vor dem Krieg betrug die Zahl der Ausländerarbeiter ungefähr eine Million, waren wohl rund die Hälfte auf die Landwirtschaft fällt. Der Verfasser hält diese Einwanderung für einen Segen und meint ganz naiv, daß sie auf die Arbeitsgelegenheit der einheimischen Arbeiter keinen nachteiligen Einfluß ausgeübt habe, da in Deutschland in den letzten Jahren keine über das unvermeidliche Maß hinausgehende Arbeitslosigkeit geherrscht habe. Das ist allerdings ein Irrtum, denn in den verschiedensten Berufen sind zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos gewesen, weil ihre Stellen von billigen ausländischen Arbeitskräften besetzt waren, und auch nach dem Kriege wird sich die Konkurrenz der Ausländer manchmal ganz empfindlich bemerkbar machen.

Der Artikelsschreiber vertreibt nämlich den Standpunkt, daß nach Beendigung des Krieges der Bedarf an Ausländerarbeitern noch größer sein werde als vorher. Für die Landwirtschaft werde sich die Nachfrage um so mehr steigern, je mehr die innere Kolonialisierung fortgeschreite und die Zahl der Klein- und Mittelbetriebe zunehmen werde. Es sei ausgeschlossen, daß eine halbe Million freudner Landarbeiter genügen könnte, um den Ausfall an Arbeitern infolge des Krieges zu ersetzen und den Anforderungen einer rationellen Bewirtschaftungsweise zu entsprechen. Noch viel weniger werde die deutsche Industrie die Arbeiterzufuhr entbehren können. Unser Auslandsmarkt sei nach Friedensschluß ausgelöscht und es gelte, ihn wieder aufzufüllen, es feien durch den Krieg viele wirtschaftliche Werke verloren und Hunderttausende von Arbeitern weggerissen worden. Außerdem kommt es darauf an, die verlorenen Auslandsmärkte wiederzuerlangen und neu einzugewinnen. Da bleibt uns denn nichts andres übrig, als zahlreiche Ausländerarbeiter unserer Volkswirtschaft dienbar zu machen. Wie die Beschäftigung dieser freudner Elemente, deren kulturelles und soziales Leben allerdings viel zu wünschen übrig läßt, unter allen Umständen verbieten sollte, darf man sich darüber klar sein, daß er damit gleichzeitig ein baldiges Wiederauferstehen der deutschen Geistererzeugung und damit des deutschen Volkswohlstandes unmöglich macht.

Die Stellungnahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands zu der Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ist allgemein bekannt. Wenn auch manchmal die Konkurrenz der Ausländerarbeiter auf unsern Arbeitsmarkt unheimlich empfunden wird, so erscheint uns ein eventuelles Verbot oder auch nur eine Beendigung der freien Einwanderung doch als eine verfehlte Maßregel. Die deutschen Arbeiter sind international, wenn auch aus anderen Gründen als die Unternehmer. Sie wissen, daß ihre vom Ausland kommenden, bei uns Arbeit suchenden Kollegen arme Proletarier sind, die nicht minder, vielleicht gar noch mehr unter dem kapitalistischen System leiden, als sie selbst. Darum zeigen sie ihnen, aus dem proletarischen Klassengeist heraus, weiteriges Entgegenkommen, verlangen dagegen aber, daß sie sich nicht als Lohnräuber und Schmutzlasten reißen lassen. Zu dem Zweck legen sie ihnen die Pflicht auf, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und Schüler mit ihren einheimischen Arbeitsbedürfnissen um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Dabei erscheint es als eine fiktiv-verhältnisliche Forderung, daß dem denkenden Gewerkschafter die volle Freiheit in bezug auf die Organisationsfähigkeit eingeräumt und daß beim Abbruch des Friedens mit dem früher so beliebten System der Bewormundung und Schifffahrt gebrochen wird. Die Ausländerarbeiter sollen mit Hilfe der Gewerkschaften geistig, kulturell und wirtschaftlich auf die gleiche Stufe wie die deutschen Arbeiter gehoben werden, damit die Möglichkeit und der Anreiz wegfallen, sie mit niedrigeren Löhnen abzuspielen und dadurch den einheimischen Kollegen den Aufstieg auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung zu ermöglichen.

In dieser Beziehung geht allerdings das Interesse der Arbeiter und der Unternehmer weltweit auseinander. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, die in Auseinandersetzung mit dem Oberpräsidenten von Ostpreußen die Frage der Einfuhr ausländischer Arbeiter behandelt, findet gerade in der billigen Arbeitskraft der Ausländer einen wichtigen Grund für die Errichtung von Ausländerarbeiten. Sie schreibt nämlich: „Wir werden viel zu tun bekommen, und es wird auf Arbeitgeber nicht ankommen, aber es wird auch auf die Notwendigkeit an uns hinweisen, manchen Markt neu zu erobern, den wir wohl früher besessen haben, dessen sich aber doch während des Krieges mancher niedrige Nachbar in Ost und West bemächtigt hat. Da wird es zunächst darum ankommen, sinnvoll zu zugreifen und die Produktionskosten nicht höher ein gesetztes Maß steigen zu lassen, damit wir mit guten, aber doch billigen Preisen auf dem Weltmarkt erscheinen können. Auch unter diesem Gesichtspunkt wird man also die Beschäftigung der ausländischen Arbeiterschaft jämmerlich umsehen können.“ Das heißt nicht anders, als daß man sich mit Hilfe der niedrigen Löhne der ausländischen Arbeiter ausländische Märkte erobern will. Diese niedrigen Löhne werden natürlich auch auf die Löhne der einheimischen Arbeiter drücken. Dagegen werden sich allerdings die deutschen Arbeiter entschieden zu Wehr sehen.

## Eine Ausstellung von Arbeitshilfen für Verstümmelte.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg wird demnächst durch eine Sonderausstellung von Arbeitshilfen (Prothesen) in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge gestellt werden. Um solchen Kriegsbeschädigten, die gewisse Glieder verloren haben, die Ausübung ihres alten oder eines ähnlichen Berufes zu ermöglichen, ist es notwendig, dem besonderen Zweck angepaßte Erhaltsglieder zu schaffen. Daß diese Aufgabe eine schwere ist, braucht kaum besprochen zu werden. Über in Deutschland sind dafür schon bedeutungsvolle Vorarbeiten gemacht worden, die insbesondere der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge zu danken sind. In einer Reihe von Berufen sind daher schon seit Jahren Krüppel beschäftigt, die nur mit Hilfe solcher besonders konstruierter Erhaltsglieder ihren Beruf ausüben vermögen. Darunter sind nicht nur Personen, die als Krüppel geboren, oder durch Krankheiten oder Unfälle in der Kindheit verkrüppelt wurden, sondern in vielen Fällen handelt es sich um durch Berufsunfälle verletzte Arbeiter.

Für die Sonderausstellung in der Charlottenburger Reichsanstalt ist es nun zwecklos von größtem Wert, wenn alle bisherigen Erfahrungen mit solchen Erhaltsgliedern der Sache dienstbar gemacht werden können. Denn die Ausstellung soll nicht nur darstellen, was schon vorhanden ist, sondern ihr größter Zweck wird sein, Aussichten für weiteren Schaffen auf diesem jetzt infolge des Krieges so wichtig gewordenen Gebiete zu geben. Was hier in erster Linie zunächst den Kriegsbeschädigten zugute kommen soll, wird für alle im Dienste der Bergarbeit Verstümmelte einen dauernden Wert erhalten. Es ist aus allen diesen Gründen notwendig, daß die Arbeiterschaft selbst der Ausstellung das größte Interesse entgegenbringt und sich an den Vorarbeiten erstmals beteiligt.

Das kann dadurch geschehen, daß der Verwaltung der Ausstellung, Herr Geheimer Oberregierungsrat Dr. Heymann, Charlottenburg, Frankfurterstraße 11/12, die Adressen solcher Personen mitgeteilt werden, die Krüppelglieder, Arbeitshilfen oder andre, ähnliche Zwecken dienende Einrichtungen bei ihrer Berufsausbildung benutzen. Diese Einrichtungen und Arbeitshilfen werden dann von Sachkundigen in Augenschein genommen werden. Eine Nachbildung oder gute Abbildung würde dann in vielen Fällen für die Zwecke der Ausstellung möglich sein und vielfach die Anregung zu verbesserten Konstruktionen geben.

Der vorläufige Arbeitsplan der Ausstellung lautet:

Die Ausstellung gliedert sich in

I. eine allgemeine Abteilung,

II. Abteilungen für die einzelnen Berufe.

In allen Abteilungen werden ausgestellt:

1. die persönliche Ausrüstung der Invaliden mit Gehelsgliedern, dauernden Erhaltsgliedern, Arbeitsanlagen und Arbeitshilfen.

2. Vorrichtungen, welche dazu bestimmt sind, die Förderung von Fortzettungen, Stretten, Maschinen und Apparaten durch Invaliden zu ermöglichen oder zu erleichtern.

3. Einrichtungen von Werkstätten für die Berufsausbildung von Invaliden.

4. Ausbildungslinien.

5. Übersicht über die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufe, die von Invaliden bereits ausgeführt werden oder ausgeführt werden können.

6. Literatur über die Organisation und Durchführung der Invalidenfürsorge, insbesondere technische Maßnahmen und Einrichtungen.

Die unter 1 und 2 bezeichneten Einrichtungen werden möglichst in arbeitsmöglicher Ausführung, ebenfalls in Modellen, Plänen, Konstruktionszeichnungen, Photographien und dergleichen vorgeführt.

Den Invaliden steht zwischendurch ein der Kriegsbeschädigtenfürsorge beteiligten Kreisen wird Gelegenheit gegeben werden, in den von der Ausstellung dafür eingerichteten Verhältnissen oder auf dem Ausstellungsgelände die Verwendung der beschriebenen Arten von Arbeitshilfen bei der Berufsausbildung zu sehen und zu verstehen.

Aufschluß ist in Ansicht genommen, durch Vorhänge mit Lichtbildern oder kinematographischen Aufnahmen die Bewegung der ausgestellten Gegenstände zu erklären.

Im Verbindung mit der Ausstellung wird eine Auskunftsstelle eingerichtet werden, die mit Hilfe einer Kartothek und kurz gesetzter, mit Abbildungen verschiedener Vorrichtungen Auskunft über die ausgestellten Gegenstände und was damit zusammenhängt ertheilt.

Der Zweck der Ausstellung ist es wichtig, daß eine Beteiligung in gewöhnlichem Sinne im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist. Jeder verantwortliche Arbeiter, der für seine Berufsausbildung Erhaltsglieder benötigt, sollte sich daher sofort mit der örtlichen Adresse in Verbindung setzen.

## Die Kartoffelversorgung.

Von Robert Schmidt - Berlin (Mitglied des Reichstags).

Bei den hohen Preisen für alle Lebensmittel im Lande hat in diesem Jahre der Preis für die Kartoffeln eine noch größere Bedeutung als in vorjährigen. Wir sind zwar nach dem überempfundenen Urteil aus dem Landwirtschaftlichen Rat in der gleichen Lage, eine sehr günstige Ernte erwartet zu haben, da uns die Versorgung mit geringen Kartoffelpreisen nicht erscheint. Allerdings können wir nicht übersehen, welche

hohen Ansprüche die Landwirtschaft heute an den Kartoffelbedarf stellt, denn in diesem Jahre steht es mit den Gettermitteln noch ungünstiger aus als im Vorjahr.

Über selbst wenn wir die genügenden Mengen Kartoffeln zur Verfügung haben, bleibt für die ältere Bevölkerung die sehr wichtige Frage, ob die Kartoffel zu einem extragünstigen Preise zu erlangen ist. Das scheint mir nach der bisherigen Lage des Kartoffelmärktes schon unsicher zu sein. Die Preise für Chlortofeln von 3 bis 4,50 M. der Zentner müssen in gegenwärtiger Zeit als außerordentlich hoch bezeichnet werden. Und leider haben wir in einigen Bezirken, wo die Bevölkerung die Gewohnheit hat, sich stark für den Winter einzubilden, schon eine Preisteigerung über die hier genannten Beträge. Was ist nun geschehen, um diese Katastrophe zu bewirken? Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Der Kriegsausfall für die Sonderausstellung hat die Großhändler und die Städte bereitgestellt. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann, ebensoviel wie die Sicherheit der Versorgung, denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Die Regierung hat die Wirtschaft einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft will einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer mäßigen Preisbildung nicht bieten kann

Wertvollster ist, daß vielfach auch neue, technisch gut ausgestattete Werke erlitten haben. Außer den 19 mit Verlusten arbeitenden Gesellschaften haben noch weitere elf keine Dividende verteilt; nur 16 Gesellschaften von 46 haben Dividenden ausgeschüttet. Nachstehende Tabelle gewährt einen Überblick über die Rentabilität der Papiermägerei:

Es verteilten Dividende:			
30 Gesellschaften mit 49 199 000 Mrk. Akt.-Capital	0 Prozent		
1 Gesellschaft	500 000	2	"
1 "	770 000	4	"
3 Gesellschaften	2 450 000	5	"
3 "	10 250 000	6	"
1 Gesellschaft	1 500 000	7	"
1 "	3 000 000	9	"
1 "	1 008 000	10	"
1 "	1 800 000	11	"
1 "	1 200 000	15	"
2 Gesellschaften	6 516 000	18	"
1 Gesellschaft	1 650 000	30	"

46 Gesellschaften mit zusammen 79 843 000 Mark Aktienkapital verteilten im Durchschnitt 4,1 Prozent Dividende.

Die 30 Prozent Dividende zahlt die Ammendorfer Papierfabrik, deren überragende Rentabilität auch der Krieg nicht gemindert hat.

Von der Bearbeitung einer Rentabilitätsstatistik für die Zellstoffindustrie soll in diesem Jahre abgesehen werden, wegen der außergewöhnlich starken Entwicklung, die die Zellstofffabrik Waldhof, das größte deutsche Zellstoffunternehmen, durch die Stillegung ihrer Filiale Pernau in Mähland erlitten hat, und wegen der mit der Sanierung einer größeren Firma verbundenen Verschiebung der Abschlusssätze.

### Beigegangene Papierarbeiterausstände.

Durch Vermittlung des staatlichen Schiedsrichters sind die Papierarbeiterausstände im Staate Neapel (Nordamerika) beendet. Die Arbeiter treten nach monatelangen Kämpfen in ihre alten Stellungen zu den alten Löhnen und den früheren Arbeitsbedingungen wieder ein. Mit Hilfe von Streikbrechern war es den Firmen gelungen, ihre Betriebe teilweise in Gang zu setzen und so einen neuenwertigen Erfolg der Arbeiter zu vereiteln. An dem Ausstande waren 1200 Arbeiter in sechs Werken beteiligt. Den Unternehmern ist durch ihre Starrköpfigkeit ein Schaden von über 2½ Millionen Mark entstanden. Mit dieser Summe hätten auf Jahre hinaus die Wünsche der Arbeiter befriedigt werden können. Ein besserer Erfolg erzielten die Arbeiter der Zellstofffabrik in Karlsruhe, nachdem auch die übrige Arbeiterschaft der Firma in den Streit getreten war. Durch Vermittlung des staatlichen Arbeitsamtes konnte eine Einigung erzielt werden, so daß die Arbeiter bei der jetzt eingeführten Achtfacharbeitszeit fast dieselbe Lohnhöhe erreichen wie bei der vorher herrschenden zwölffachigen Arbeitszeit.

### Unfälle.

Dem in der Papierfabrik in Wolfsburg (Sachsen) beschäftigten Lehrling Kante wurden von der Papiermaschine der Dammen und zwei Dinger des Hand zerquetscht.

In der Papierfabrik der Firma Wiede u. Söhne in Trebbin (Märkte) geriet ein 19jähriger Arbeiter in die Transmission und erlitt dabei einen Schlüsselbeinbruch sowie Fleischwunden an Arm und Brust.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich im Betriebe der Firma Hernes u. Co., Papierfabrik in Düsseldorf, dem unter jüngster Kollegie, der Maschinengräfin Heinrich Ross, zum Opfer fiel. Der Verunfall ereignete bei der Arbeit aus und kam hierbei der Klammer am Stahlseilapparat zu nahe. Dieselbe riss ihn und schleuderte ihn hart zu Boden, die Schädeldecke zertrümmerte wurde. Der Tod trat sofort ein. Die Eltern des Verunglückten trafen den Schlag besonders hart. Zum ihrer Söhne stehen im Felde, davon ist einer bereits gefallen. Den letzten, als die einzige Stütze der Eltern, raste der Tod auf diese Weise weg.

Ein schärfster Unglücksfall trug sich in der Zellstofffabrik Waldhof zu. Der 17jährige Arbeiter Heinrich Fleisch aus Bühlertal war an einer Dichtmaschine beschäftigt, als er verstarb. Er machte unwillkürlich eine Bewegung mit dem Arm und kam dabei in die Maschine. Der Arm wurde ihm bis an das Schultergelenk vollständig vom Körper getrennt.

Zu der Düsselter Zellstofffabrik ist die achtzehnjährige Arbeiterin Minna vor zusammengezogenen Schwefelsäuse zu Bode gerufen worden. Beim Abgraben eines Schwefelsäuselagers hatten einige Arbeiterinnen die Ranten zu steil abgegraben. Plötzlich kamen die Riesensäure ins Rutschen, stürzten zusammen und begruben das Mädchen, das auf der Stelle totgeschlagen wurde.

Zu der Holzfälserei in Grafe Mühl bei Bitterfeld geriet der Holzfälsler Bremann in den Kreisriemen und erlitt so schwere Verlebungen, daß wenig Hoffnung auf Erholung seines Lebens vorhanden ist.

### Versicherungseinrichtung und Standesvertretung.

In Nr. 39 des "Proletariers" haben wir berichtet von den Bestrebungen innerhalb der Ziegelfabrik, die Berufsgenossenschaft, also eine gesetzliche Versicherungseinrichtung, zu einer Interessenvertretung der Ziegelerbesitzer umzuwandeln. Diese Bestrebungen mündeten in einer Versammlung der Sektion IX der Ziegeler-Berufsgenossenschaft (im Krieg in der vorigen Nummer ist theoretisch V.a.c.e.s. Berufsgenossenschaft gezeigt), an die im Anschluß an ihre Beratungen sich mit der Lage der Ziegelfabrik beschäftigt hatte. Wir haben die Ungemachheit solcher Versuche, Versicherungseinrichtungen in Unternehmerverbänden zu verwandeln, entsprechend geschildert. Am Schluß schrieben wir: "Es kann sein, daß irgendwann ein Aufsichtsbehörde den schönen Plan zerstört oder daß die Ziegelerbesitzer nicht alle die "Veranlagung" haben, je ungeniert eine Institution der Arbeiterschaft in ihre "Standesinteressen" zu stellen und daß daran der ganze Plan scheitert." Es scheint jetzt so, als ob tatsächlich in den Kreisen der Ziegelerbesitzer schon Bedenken aufstiegen. Die "Deutsche Ziegler- und Töpfer-Zeitung" läßt sich nämlich von "gefürchterter Seite" mitteilen, daß der Gedanke des Ziegelerbesitzers A. S. zwar gut, aber unzureichend ist. Die Industriearbeitslosigkeit wird zunächst mit versicherungsrechtlichen Bedenken bewiesen. Es heißt in der Zeitung:

"Zunächst bestimmt die Reichsversicherungsordnung im § 37, daß die Gelder der Berufsgenossenschaft nur für die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Zwecke verausgabt werden dürfen. Damit zerfällt die Annahme, daß die Berufsgenossenschaft auch Gelder für wirtschaftliche Zwecke ausgeben darf. Wenn also Herr A. S. meint, daß durch Aufzähmung der Berufsgenossenschaft für eine Standesvertretung der Ziegelfabrik Kosten erpaart werden könnten, so dürfte er nicht ganz zutreffend folgern."

Das ist durchaus meine Auffassung. Immerhin ist es gut, daß die Ziegelerbesitzer auch aus dem Kreise ihrer Freunde — die "gefürchte Seite" ist vermutlich ein dem Vorstand der Berufsgenossenschaft angehörender Ziegelerbesitzer — darauf aufmerksam gemacht werden, daß es nicht nur höchst ungehörig, sondern auch gesetzlich verboten ist, Versicherungseinrichtungen und Versicherungsgelder zur Förderung der Unternehmensinteressen zu verwenden. Neben den eben wiedergegebenen werden noch weitere Bedenken gegen den Plan von A. S. erhoben. So wird darauf verwiesen, daß jene Schwierigkeiten ergeben könnten, wenn die leitenden Männer der Berufsgenossenschaft nicht auch für die Standesvertretung gewählt würden. Weiter heißt es: "Aber auch ihre Angaben sind ganz verschieder Art. Die Standesvertretung der Ziegelfabrik kann nur die Förderung der wirtschaftlichen Interessen dieser Industrie bedecken, was ohne Zweifel oft nicht zu erreichen sein wird. Die Ziegeler-Berufsgenossenschaft ist eine gesetzliche Einrichtung zur Erledigung bestimmter gesetzlicher Aufgaben, deren Organe über den Parteien stehen sollen. Der Berufsgenossenschaft gehören die Unternehmer von Geschäftswegen an; zum Eintritt in einen wirtschaftlichen Verein kann

niemand gezwungen werden. Die Schwierigkeiten sind also doch größere, als sie auf den ersten Blick erscheinen mögen."

Charakteristisch an diesen an sich durchaus richtigen Aussführungen ist der Unterton des Bedauers darüber, daß die Schwierigkeiten vorhanden sind. Niemand weiß sich würde der Verfasser gar nichts dagegen haben, daß man die Versicherungseinrichtung mit der Standesvertretung verknüpft — wenn nur nicht so viel Schwierigkeiten zu überwinden wären. Ausdrücklich empfiehlt er sogar eine noch bessere "Fühlung" zwischen den leitenden Geschäftsführern der Berufsgenossenschaft und der Standesvertretung. Als Muster dafür wird Herr Dammbauer (Braunschweig) angeführt, der nicht nur Vorsitzender des Verbandes deutscher Tonindustrieller, sondern auch ersterstellvertretender Vorsitzender der Ziegeler-Berufsgenossenschaft ist. Auch wird darauf verwiesen, daß zahlreiche Vorsitzende der Berufsgenossenschaftlichen Sektionen gleichzeitig Vorsitzende oder rührige Mitglieder in den verschiedenen lokalen Zieglervereinen, Syndikaten usw. sind. Diese Fühlung soll weiter ausgebaut werden, dann wird das, so hofft die "gefürchte Seite" des Unternehmensrates, der Ziegelfabrik von Augen sein.

Ähnliche Auseinandersetzungen zeigen, daß die Ziegelerbesitzer den Ausbau ihrer Organisationen auch in der Kriegszeit nicht vernachlässigen. Die Ziegelerarbeiter haben also ein gutes Vorbild, dem sie nachzusehen können.

### Bauunternehmer und Zementsyndikat.

In der Notiz "Noch einmal die Zementsteuer" in Nr. 39 des "Proletariers" haben wir einen Protest des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gegen die von einflussreichen Kreisen der Zementindustrie geforderte Zementsteuer erwähnt. Daß die Bauunternehmer gegen die Verhinderung eines für sie wichtigen Baumaterials Einspruch erheben, ist natürlich. Wenigerwichtig aber ist die Art, wie sie ihren Einspruch begründen. Sie gehörn sich nämlich mit einer für eine Unternehmervereinigung nicht häufigen Offenheit und Schärfe die auch von uns oft kritisierte Preispolitik der Zementindustrie. Noch schärfer aber als in der "Gangewerkszeitung". Es heißt da:

"Es gibt kaum ein Syndikat, das so ungesund gewirkt hat wie die Zementindustrie. Die Leute fühlen sich als Herren der Lage, distillieren die Preise, ohne auf das Baugewerbe die geringste Rücksicht zu nehmen, und freuen sich des Geldstromes, der ihnen zufließt. Man hatte die Empfindung, daß sie nicht in die Zukunft sehen wollten, daß es ihnen nur darum zu tun war, möglichst schnell ihre Taschen zu füllen. Die Leute mißtrauen sich doch bei ihren Preissetzungen sagen, daß plötzliche Preistegerungen um 70-80 Prozent, die tatsächlich vorgekommen sind, zu Neugründungen und zur Einführung fremder Zemente unbedingt führen würden. Nur rief man nach hohen Einheitszölle, laufte Gründstücke auf, aus denen neue Fabriken entstehen sollten, und zahlte für Verzögerung auf Neugründungen reiche Abfindungssummen. Durch dieartige Maßnahmen gab man dem Gründertum erst recht den besten Antrieb."

Die Rechnung ist ganz klar: Herstellung und Einfuhr von Zement nahmen in viel höherem Maße an als der Verbrauch. Infolgedessen mußte an sich innerhalb der Syndikate die prozentuale Absatzsiffer der einzelnen Mitglieder fallen, und zwar um so mehr, je mehr Neugründungen entstanden und je größer die Einfuhr wurde. Um ihren Willen gebunden trocken eine angemessene Dividende zu sichern, haben sich die Syndikate gezwungen, immer höhere Preise zu fordern. Diese hohen Preise aber bildeten erst recht Kreislauf zu Neugründungen.

So sind die Syndikate allmählich in sehr schwierige Verhältnisse gelommen, und ihre Mitglieder sind mit ihnen unzufrieden geworden, was unausstehlich war. Zu dieser letzten, äußersten Stufe kommt der Ruf nach Staatshilfe in Form einer Zementsteuer, die dem Staat 20 Millionen Mark aus Steuerzurücknahme bringen soll, dafür aber den Bau neuer Fabriken verhindert. Der Staat wäre anfangen, wenn er sich in die Verhältnisse einmischt würde, und sein Eingreifen ist von vornherein grundsätzlich abzulehnen. Dazu kommt, daß die vorgeschlagene Besteuerung dem Gangewerbe, das an den ungünstigen Verhältnissen auf dem Zementmarkt unzweckmäßig ist, eine neue Last auferden würde.

Jeder soll und kann an seinen Fehler lernen: dieses letzte Dernier wird wohl auch der Zementindustrie nicht erspart bleiben. Vielleicht reicht auch die Zementindustrie unter dem Eindruck der Zehnfachsläge zu der Einsicht heran, daß es im heutigen Wirtschaftsleben nicht angeht, alle Maßnahmen nur von den eigenen Wünschen und den eigenen Wollen dictieren zu lassen, daß es vielleicht noch andre Gewerbszweige gibt, auf denen berichtigte Interessen man Rücksicht nehmen, mit denen man hand in Hand arbeiten muß."

Die Kritik der Zementindustrie ist, wie schon gesagt, durchaus berechtigt. Tatsächlich haben diese eine Preispolitik getrieben, die mit Notwendigkeit zum Schaden der Industrie ausgeschlagen musste. Die Organisation der Bauunternehmer hat jedoch keinen Grund und kein Recht, sich darüber zu entrichten, denn sie hat diese Preispolitik, solange sie noch nicht zu den heutigen Verhältnissen gebracht hat, gestützt und gestoßen. Die Organisationen des Baugewerbes haben mit den Zementindustriellen förmliche Liebesabendverträge abgeschlossen. Um die eigenen Kollegen in die Unternehmerorganisation zu treiben, sind sie Verpflichtungen eingegangen, die letzten Endes mit zu den heutigen Zuständen geführt haben. Also haben sie heute keinen Grund, zu greinen. Wir betonen das heutige weil wir schon vor Jahren nicht nur die Preispolitik der Zementindustrie, sondern auch die Berufspolitik der Bauunternehmer bekämpft und dabei die heutigen Zustände vorausgesagt haben. Das haben wir natürlich nicht getan, weil uns die Interessen der Unternehmer irgendwie am Herzen liegen, sondern weil wir wissen, daß die Krise in der Zementindustrie in erster Linie den Arbeitern zufällt. Jetzt tritt das allerdings wenig her vor, weil der allgemeine Mang an Arbeitskräften die Lohnhöhe in Schach hält. Sobald jedoch ein Zustrom von Arbeitskräften eintrete, berünnen die Zementfabrikanten an den Arbeitern heimzugehen, was sie selbst gesündigt haben. Es ist deshalb ratsig gut, daß die Bauunternehmer jetzt einmal aus der Schule plaudern, wie werden zu gelegener Zeit daran erinnern.

### Der Ziegler als Goldhüter.

Die Tagespresse berichtet: Der Mahnbus "Alle Goldminzen zur Rückbank!" hatte auch in Berlebeck bei Detmold eine berufene Personlichkeit veranlaßt, um die Jagd nach dem Gold zu gehen. Da er in seiner Eigenschaft über die Vermögensverhältnisse der Bewohner Bescheid wußte, gelang es ihm auch, eine ganze Anzahl Goldstücke gegen Papiergeld einzutauschen und an eine Sammelstelle abzuziehen. Nur ein alter Schepa — der Schepa ist 84 Jahre alt — weigerte sich hartnäckig, auch nur ein einziges Goldstück gegen den Gegenwart in Papier herauszutun, trotzdem die alte Frau darum kein Gehl daran mache, daß sie über 500 Ml. in Goldstücke im Bett habe. Unter diesen seien aber viele, die ihr Mann, der vor 26 Jahren zum letzten Male sein Geschäft als Ziegler ausgeübt habe, von der Ziegeler mitheimgebracht habe. — Glücklicher Ziegler, der seine Goldstücke 26 Jahre als Andenken aufzuhaben kann!

### Geschäftsbergebnisse chemischer Fabriken aus dem Jahre 1914.

Durch den untenstehenden Experten wurde das Geschäftsbergebnis der Vereinigten Ultramarinwerke, A.-G., vormals Seiden-, Seitzer und Konserven, während des Krieges. Der Bruttogewinn lag von 674 826 Ml. auf 445 961 Ml. der Gewinn ging trotz niedriger Absatzzahlen von 471 140 Ml. auf 255 945 Ml. zurück. Statt 7 kommt nun 4 Prozent Dividende zur Versteilung. — Die Farb- und Gehrößwerke Paul Gehrden u. Co., A.-G., in Pieschen sind Kriegsabsatz ausgelöscht, während sie für Gewerbebedarf beschäftigt und erzielten ein gutes Ergebnis. Dagegen schlägt der Aufsichtsrat eine Verkürzung der Dienstzeit von 14 auf 10 Prozent vor. Das dadurch zur Verfügung stehenden größeren Stamme werden zu ausreichenden Abtretungen und Reserven verwendet. Das Unternehmen ist auch in diesem Jahre gut besetzt, nur macht sich ein Mangel an geschulten Arbeitern bemerkbar. — Die Pfeiferer Kunsteidenfabrik, A.-G., erzielte seit Jahren mit Unterschreitung. Der letzte Abschluß vor Kurzem in die Liquidation wies einen Verlustbetrag von 210 000 Ml. auf. Die Verlusteigenheiten schädigten, so daß nunmehr der Konkurs erwartet wurde. — Bei den Südzuckerwerken, A.-G., hängen bei Hamm i. W. ist im abgelaufenen Geschäftsjahr der Verlust von 19 300 Mark auf 56 100 Mark gestiegen. — Ein günstiger Abschluß ergibt die Vereinigung Chemie- und Werke in Charlottenburg. Der Bruttogewinn stieg von 2,8 auf 2,5 Millionen Mark. Die Gesellschaft betont, daß sie zu Kriegsaufträge nur in bescheidenem Maße herangezogen wurde. Das günstige Resultat sei nur auf billige Rohstoffeinfuhr zurückzuführen. Nach Abzug der Kosten und nach reichlichen Abschreibungen ist der Abschluß von 191 299 Ml. auf 384 578 Ml. — verbleiben 14 Millionen Mark Gewinn, wovon 24 Prozent Dividende verteilt werden.

### Aus der Oelkautschuk-Industrie.

Durch den Krieg wurde die Oelkautschukindustrie sehr in Mitleidenschaft gezogen. Die Röhröse, Oele und Schweiß, sind nur schwer und zu abnorm hohen Preisen erhältlich. Um Interesse einer gesicherten Produktion schlossen sich die deutschen Oelkautschukfabrikanten am 22. Juli d. J. zusammen, um geeignete, im Interesse ihrer Industrie liegende Maßnahmen gemeinsam durchzuführen zu können. Die Festsetzung von Verkaufspreisen gehört bis jetzt noch nicht zu den Aufgaben des Vereins. Die Zahl der Mitglieder dürfte, da nur wenige Betriebe in Frage kommen, gering sein. Gründende Mitglieder sind folgende Firmen:

Dr. Alexander u. Posznansky, Köpenick,  
Deutsche Oelfabrik n. b. H., Hamburg,  
Dubois u. Kaufmann, Rheinhausen,  
Georg Graebel, Augsburg,  
Paul Malzahn, Königs Wusterhausen.

Der Sitz des Vereins ist Berlin. Den Vorstand führt bis 1. Juli 1916 die zuerst genannte Firma, ihr folgen für je ein Jahr dem Alphabet nach die anderen beteiligten Firmen. Die Arbeiter solcher Betriebe mögen aus dem Zusammenschluß die richtige Lehre ziehen.

### Metzeler u. Co., München.

Die A.-G. Metzeler u. Co. in München hatte seit mehreren Jahren schlechte Geschäftsergebnisse aufzuweisen, und schließlich kam es zum Konkurs. Nach erfolgter Sanierung des Unternehmens wurde der Betrieb wieder eröffnet. Das am 1. Juli 1915 abgelaufenen erste Geschäftsjahr brachte ein offenbar vom Kriege günstig beeinflußtes Ergebnis. Es wurde ein Bruttogewinn von 1,13 Millionen Mark erzielt. Nach Vornahme der Abschreibungen verbleibt ein Reinewinn von 472 805 Ml. gegen 790 578 Ml. Verlust aus dem Jahre 1913. Auf das 2,06 Millionen Mark betragende Aktienkapital werden 6 Prozent Dividende verteilt.

### Unser Verband in der 61. Kriegswoche.

Für die Woche vom 27. September bis 3. Oktober haben 312 Zahlstellen berichtet. Diese hatten zusammen bei Kriegsausbruch 172 083, am 2. Oktober d. J. noch 50 118 Mitglieder. Von den seither 91 963 waren 70 974 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß ein tatsächlicher Verlust von 20 991 Mitgliedern verbleibt. Arbeitslos waren in der Berichtswoche 572 Mitglieder gleich 0,7 vom Hundert. Erwerbsunfähig waren 851 männliche und 246 weibliche, zusammen 1097 Mitglieder. Als auf dem Schlachtfeld gefallen waren in den berichtenden Zahlstellen schon 3824 Mitglieder gemeldet; das sind 5,4 vom Hundert der Eingezogenen. Auf den ganzen Verband umgerechnet hätten wir danach den Verlust von 4600 Kollegen zu bestätigen.

Zu der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es wird also nicht ermittelt, sondern errechnet. Die Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingefordert werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

